

Calmer Tagblatt

Nr. 209.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verkaufspreis: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 5 Pf. —
Wochensatz 15 Pf. — Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Ersch. 9.

Freitag, den 8. September 1922.

Wochensatzpreis: In der Stadt mit Federlohn 210.— vierteljährlich, Postbezugs-
preis 210.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen scheinen sich doch länger hinzuziehen, als ursprünglich angenommen wurde. Man will eine Regelung der Zahlungen bis Ende des Jahres herbeiführen, sodas Deutschland also für 270 Millionen Goldmark Sicherungen zu leisten hätte. Gestern wurden zu den Beratungen auch Vertreter der deutschen Industrie herangezogen, um über die Möglichkeit der Mitwirkung bei der Lösung des Garantieplans gehört zu werden.

Die Völkerbundsversammlung in Genf gefüllt sich darin, wie seither ihre Haupttätigkeit in schönen Reden zu betrachten. Man sieht aber auch aus diesen Reden, das sämtliche Mitgliedsstaaten sich der Anschauungsweise der Alliierten anpassen, und deren Vorkriegsstandpunkte unterstützen. So hat der schweizerische Vertreter, der Bundesrat Motta, in beweglichen Worten endliche Hilfe für das unter den Augen des Völkerbunds schon fast zu Tode strangulierte Oesterreich verlangt zwecks Erhaltung seiner Unabhängigkeit, wobei er von den Franzosen demonstrativen Beifall erhielt. Was geht es die Schweiz an, ob Oesterreich sich an Deutschland anschließen will. Auch die Bitte Mottas, „wenigstens einige übermächtige Schäden der Reparationspolitik nicht aus dem Auge zu verlieren“ kennzeichnet die widerliche Servilität der sog. „neutralen“ Staaten gegenüber der Entente.

Die Türken stehen vor Smyrna; die griechische Seebarmee soll gefangen genommen sein. König Konstantin will Griechenland verlassen, er hat in Homburg v. d. S. angefragt, ob er für längere Zeit dort seinen Aufenthalt nehmen könne. Die Griechen sollen einen Waffenstillstand erbeten haben, in dem sie die Räumung Smyrnas anbieten.

Die Erschießung der beiden belgischen Soldaten hat sich dahin aufgelöst, das ein betrunkener belgischer Unteroffizier den Posten erschaffen, und dann sich selbst entleibt hat.

Die württ. Regierung nimmt Stellung gegen die Ankündigung der freien Gewerkschaften Tübingen und Reutlingen, die Regimentsfeier in Tübingen eventuell gewalttätig zu verhindern. Sie erklärt, das die Veranstalter sich verpflichtet haben, keinerlei republikanische Kundgebungen zuzulassen, und das die Befehle zum Schluß der Republik die Abhaltung von Regimentsfeiern nicht verbieten.

Zur Lage.

Infolge der unnachgiebigen Haltung Frankreichs zu standgekommenen Beschluß der Reparationskommission, das in bezug auf die Barzahlungen gestellte Gesuch Deutschlands um Stundung abzulehnen, dagegen von Deutschland anstatt der fälligen Forderungen Schatzwechsel zu verlangen, hat zu den nun in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über die Sicherungen geführt, die letzterer Staat als Pfand für die Wechsel fordert. Wie wir gestern mitteilen, ist auf beiden Seiten das Bestreben zu einem positiven Ergebnis vorhanden, und ein belgischer Vertreter hat auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, das man die Sicherungen vielleicht ohne Zugriff auf die letzten deutschen Goldreserven erhalten werde, deren Verringerung der deutsche Reichszentraler bekanntlich abgelehnt hat. Die Verhandlungen sollen nach Informationen der Presse in der Richtung gehen, das ausländische Finanzkreise, man spricht von England, die Garantien für die Schatzwechsel etwa übernehmen könnten. Im Zusammenhang mit den deutsch-belgischen Verhandlungen ist auch der Privatvertrag zwischen dem von Stinnes geleiteten deutschen Wirtschaftszentralen „Hoch- und Tiefbau“ und der französischen Wirtschaftszentralen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete von Interesse. Der Vertrag regelt die geschäftlichen Verhältnisse hinsichtlich der Uebernahme von Aufbauarbeiten und der Lieferung von Aufbaumaterial durch den deutschen Wirtschaftszentralen. In deutschen Regierungskreisen steht man dem Vertrag, dessen Richtlinien fraglos vorher mit den einschlägigen Regierungskreisen besprochen worden waren, sympathisch gegenüber, da man in seinem Zustandekommen einen Erfolg der seitherigen Politik der Erfüllung in den Grenzen des Möglichen erblickt. Die von sozialdemokratischer Seite geäußerte Befürchtung, das durch den Vertrag der Stinneskonzern ein Monopol für die Wiederaufbauarbeiten erhalten könnte, wodurch die andern deutschen Wirtschaftskreise geschädigt würden, scheint sich nicht zu bestätigen, denn in dem Vertrag ist auch die Mitarbeit anderer deutscher Firmen an den Sachlieferungen vorgesehen. Von französischer Seite sind bis jetzt noch keine beachtenswerten Äuße-

rungen über das Abkommen bekannt geworden, obwohl man annehmen darf, das die französischen Delegierten sich doch auch vorher mit den maßgebenden Regierungsstellen besprochen haben. Namentlich die Frage der Herabsetzung der Kohlenforderungen zum Zwecke der Ausführung der Sachlieferungen dürfte hier einem gewissen Widerstande begegnen.

Aber sowohl die deutsch-belgischen als die deutsch-französischen Verhandlungen können den Eindruck bestärken, als ob die Entente nun endlich doch von der Politik der Diktatur und Drohungen zu mehr sachlichen, geschäftsmäßigen Verhandlungen übergehen will. Auch nach Osten hin bemüht sich Deutschland eine Entgiftung der Beziehungen zu erlangen. Diesem Ziele sollen die Verhandlungen dienen, die jetzt in Dresden zwischen Vertretern der deutschen und polnischen Regierung geführt werden, zwecks Anbahnung von wirtschaftlichen Abkommen, welche einerseits die Grundlagen eines gegenseitigen Handelsverkehrs schaffen, andererseits Deutschland die Möglichkeit bieten sollen, über Polen die wirtschaftlichen Beziehungen nach Rußland zu pflegen. Polen ist durch seine geographische Lage gezwungen, seine verlotterte Volkswirtschaft mit deutscher Hilfe aufzurichten. Jedenfalls fällt ihm dies leichter, als wenn es die teure „Unterstützung“ seiner Verbündeten in Anspruch nehmen müßte. Allerdings werden die Polen nun auch ihre bisher verfolgten Annektionsabsichten aufgeben müssen, die sie noch kürzlich durch weitere Grenzregulierungsforderungen an der neuen oberschlesischen Grenze betätigt haben.

Wenn wir die vorgenannten Verhandlungen in Paris, Berlin und Dresden hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Zukunft auch keineswegs überschätzen, so kann man vielleicht doch ihren Charakter dahin deuten, das zur Zeit eine Atmosphäre der Beruhigung angestrebt wird. Ob diese Stimmung anhalten wird, das hängt von der weiteren Entwicklung der Reparationsfrage ab, die nun anscheinend einer endgültigen Regelung entgegengeführt werden soll. Wir haben auch zu einer Zeit, als die französische Reparationspolitik noch nicht so offensichtlich die Annullierung der französischen Kriegsschulden an Amerika und England erstrebte, darauf hingewiesen, das dieses Ziel durch die Aufrechterhaltung der unerfüllbaren Forderungen an Deutschland verfolgt werde. Und heute scheinen nun die Vorbesprechungen soweit gediehen zu sein, das man unter Teilnahme Amerikas an die Behandlung der alliierten Kriegsschulden im Zusammenhang mit einer „etwaigen“ Herabsetzung der Reparationsforderungen an Deutschland gehen will. Erst wenn diese Fragen eine einigermaßen vernünftige, d. h. der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechende Lösung erfahren haben, ist mit einer Beruhigung Europas und damit mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu rechnen. Ob dieses Ziel noch in diesem Jahr erreicht wird, kann niemand voraussagen, weil hier nicht nur wirtschaftliche, sondern in hohem Grade auch politische Intressenmomente mitwirken.

Namentlich wird die Entwicklung der Lage im Orient, in Rußland und im fernen Osten und vor allem die Haltung Amerikas viel dazu beitragen, wie das Reparationsproblem weiter behandelt wird.

Der Stand der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 8. Sept. Wie die Blätter mitteilen, hat der gestrige Tag in den deutsch-belgischen Verhandlungen über die Frage der Garantie für die Schatzwechsel keine weiteren Fortschritte gebracht. Nach einer Information des „Berliner Tageblatts“ soll von deutscher Seite der Vorschlag gemacht worden sein, die Garantie für die Einlösung der Schatzscheine durch ein Respektium übernehmen zu lassen. Der belgische Delegierte Bemelman habe jedoch französischen Pressevertretern gegenüber erklärt, das dieser Vorschlag von den Belgiern abgelehnt worden sei. Bemelman habe sich weniger optimistisch als vorgestern ausgesprochen und es für wahrscheinlich gehalten, das die Unterhandlungen länger dauern würden, als er ursprünglich vorausgesehen habe. Das längere Hinzuziehen der Verhandlungen wird von dem „Berliner Tageblatt“ darauf zurückgeführt, das sich die Besprechungen entgegen den anfänglichen Dispositionen auf die Bedingung der ganzen in diesem Jahre noch fälligen Reparationsjahrs in Höhe von 270 Millionen Goldmark beziehen. Nach einer weiteren Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ sind in der gestrigen Nachmittagssitzung auch hervorragende Vertreter der deutschen Industrie und zwar Hugo Stinnes und Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie zu den Verhandlungen hinzugezogen worden, um an der Beratung der Frage teilzunehmen, ob und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit einer Heranziehung der deutschen Industrie bei der Lösung des Garantieproblems bestehe.

Die Völkerbundsversammlung.

Umfangreiche — Redetätigkeit.

Genf, 7. Sept. Die heutige Sitzung der Völkerbundsversammlung war zum größten Teil der österreichischen Frage gewidmet. Sowohl Janßen-Norwegen als auch Motta-Schweiz traten lebhaft zugunsten der Aktion ein. Motta bezeichnete als deren Voraussetzung die Beibehaltung der Integrität und Unabhängigkeit Oesterreichs. Graf Mensdorff-Oesterreich sprach dann für Oesterreich, bedante sich für die kommende Hilfstätigkeit des Völkerbunds und sprach die Hoffnung aus, das es in diesen Tagen zur Tat kommen werde. Im weiteren Verlauf unterstützte Lord Robert Cecil die Forderungen Danzigs, trat für das Mitbestimmungsrecht der saarländischen Bevölkerung bei der Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission ein und beantragte die Prüfung der Lage der deutschen Minderheiten in Polen. Motta seinerseits schloß sich den Forderungen Lord Robert Cecil an, wonach der Völkerbund sich mit den Hauptfragen der Stunde beschäftigen müsse und wies auf den Ernst des Reparationsproblems und den Marktsturz hin. Graf Ishii-Japan sprach seine Genugtuung über die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz aus.

Genf, 7. Sept. In der heutigen Debatte der Völkerbundsversammlung zu dem Ratsbericht gedachte der Vertreter Japans, Graf Ishii, der Lösung der oberschlesischen Frage als eines charakteristischsten Beispiels für die Erfolge des Völkerbunds. Bezüglich des Abrüstungsproblems stellte er fest, Japan verzögere mit besonderer Befriedigung die Washingtoner Beschlüsse über die Beschränkung der Rüstungen zur See. — Der norwegische Delegierte Janßen wies sodann darauf hin, das trotz der besseren Ernte dieses Jahres die Lage Rußlands immer noch katastrophal sei und nicht einfach durch Werte der Nächstenliebe, sondern nur durch eine wirksame Wiederaufrichtung Rußlands behoben werden könne. Janßen sprach dann von der schweren Wirtschaftskrise Norwegens und von der Notwendigkeit, die Aktion zu Gunsten Oesterreichs mit größter Energie zu unterstützen und forderte bezüglich der Frage der Minderheiten, das der Völkerbund mit größter Aufmerksamkeit das Problem der deutschen Minderheit in Polen prüfe. Gleichzeitig unterstützte er lebhaft die Anregung Lord Robert Cecil, künftig das saarländische Mitglied der Regierungskommission der Saarlande in Uebereinstimmung mit dem Handelsrat im Saargebiet zu ernennen. Ferner erinnerte auch Janßen an die Hauptaufgabe des Völkerbunds, die Verhinderung von Kriegen. — Graf Mensdorff-Oesterreich sprach sodann seine Genugtuung darüber aus, das nach den Worten Mottas Oesterreich nun auch auf eine wirksame Hilfe der Schweiz rechnen könne und gab der Hoffnung Ausdruck, das diesmal der Völkerbund nicht nur sympathische Worte, sondern auch wirksame Taten ausbringen werde.

Eine politische Rede des Schweizer Vertreters.

Genf, 7. Sept. In der heutigen Vormittagsitzung der Völkerbundsversammlung hielt der Vertreter der Schweiz, Bundesrat Motta, eine mit großem Beifall aufgenommene politische Rede über die gegenwärtige internationale Lage und die aus ihr erwachsenden Aufgaben des Völkerbunds. Wenn wir ehrlich sind, sagte er, müssen wir zugeben, das sich seit der letzten Völkerbundsversammlung die internationale Lage erheblich verschärft hat. Daraus ergibt sich die Frage: Kann der Völkerbund nichts tun, um den Gefahren der internationalen Lage entgegenzutreten. Die einen sagen, das der Völkerbund nur eine neue Arbeitsmethode bedeute und das sein Mechanismus so lose und so heikel sei, das er zerbrechen würde, sobald man ihn mit den großen Problemen der Stunde in Berührung brächte. Die anderen sagen, das der Völkerbund mehr als ein solcher Mechanismus, mehr als eine solche Arbeitsmethode sei. Sie sind der Ansicht, das er der Bund aller Völker der Erde sein müsse, um die Meinung aller Länder auszusprechen und zwar vor allem über die Frage: Krieg oder Frieden? Der Völkerbund dürfe sich nicht nur passiv verhalten gegenüber den Problemen des Weltfriedens und den Gefahren, die ihn bedrohen. Zweifellos, fuhr Motta fort, sind die Friedensverträge eine Sache für sich. Auch begreife ich, das die Probleme der Reparation und der interalliierten Schulden außerhalb des Völkerbunds gelöst werden müssen. Aber seit drei Jahren hängen alle internationalen Fragen voneinander ab und gehen alle Völker an, so z. B. die Frage des Marktsturzes. Ebenso ist das österreichische Problem ein Problem, das alle Welt angeht. Welcher Art die Hilfe für Oesterreich auch sein mag, wir müssen darnach streben, das sie wirksam ist. Es gibt keinen Staat unter denen, die hier vertreten sind, der nicht als Bedingung für die Hilfe an Oesterreich die Erhaltung der Integrität und politischen Unabhängigkeit Oesterreichs verlangte. Diese Erklärung löste auf zahlreichen Bänken Beifall aus, an dem sich besonders lebhaft vor allem die französischen Delegierten

betreffenden. Dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zugewandt, appellierte Motta an den österreichischen Willen zur Selbstständigkeit und zum Leben. Er erinnerte an das Beispiel der Schweiz, die trotz aller Gefahren infolge ihres Willens die Selbstständigkeit erhalten habe. — Man sieht, die Schweiz ist schon ganz im Fahrwasser Frankreichs, wenn der Schweizer Vertreter sich offen gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland ausspricht.

Genf, 7. Sept. Die Erklärung, die heute Bundesrat Motta in der Völkerbundsversammlung über den Sturz der deutschen Reichsmark abgegeben hat, hat nach dem Völkerbundsprogramm folgenden Wortlaut: Der Sturz der Mark mit seinen Ursachen und furchtbaren Folgen ist eine Tragik, die uns alle interessiert, sodas es mir gestattet sei, den Völkerbund ehrfurchtsvoll darum zu bitten, wenigstens einige Übergewaltige Schäden nicht vollständig aus dem Auge zu verlieren.

Die Frage der Aufnahme Ungarns in den Völkerbund.

Genf, 8. Sept. Die Frage der Aufnahme Ungarns kam gestern im 6. Ausschuss des Völkerbunds, der für die Erledigung der politischen Fragen zuständig ist, zur Verhandlung. Es wurde ein Unterausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, genau zu untersuchen, ob Ungarn die Bedingungen des Artikels 1 erfüllt, der die Aufnahme eines neuen Staates davon abhängig macht, ob er frei regiert wird und effektive Garantien einer ausreichenden Abwehr der Bedrohungen seiner internationalen Verpflichtungen bietet und ob er, was seine Streitkräfte und Rüstungen anbelangt, die vom Völkerbund errichtete Ordnung annimmt. Die Beratung wird wahrscheinlich mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen, bevor der Unterausschuss seinen Bericht dem Hauptausschuss vorlegen kann. Der endgültige Bericht des Hauptausschusses bedarf dann der Genehmigung der Versammlung, wodurch die Aufnahme oder Ablehnung der betreffenden Regierung rechtsgültig wird. — Die vom Völkerbund errichtete „Ordnung“ besteht darin, daß die Alliierten Rassen können, soweit sie wollen, daß dagegen die anderen Staaten in der Frage der Rüstungen von den Alliierten abhängig sind. Außerdem müssen die anderen Staaten die Raubpolitik der Entente gabeln.

Der Krieg in Kleinasien.

Rückzug der Griechen bei den Dardanellen.

Konstantinopel, 7. Sept. Die Distrikte Karamitsch, Efne, Wozajil und Bigha auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen wurden von den griechischen Behörden geräumt. Das Generalkommando der Gendarmen von Konstantinopel gab dem Kommando der Gendarmen in den Dardanellen die dringende Befehl, Gendarmenkräfte in genügender Anzahl zu schicken, um die Ordnung in den genannten Distrikten zu erhalten.

Gefangennahme der griechischen Südarmerie?

Paris, 7. Sept. Nach einer Havas-Nachricht aus Adana ist die griechische Südarmerie von den kemalistischen Truppen in der Gegend von Kachisch umzingelt und dem Vernehmen nach trotz ihres Widerstands gefangen genommen worden. Balikesi und Sambetzi seien von den Kemalisten besetzt worden. Die türkische Vorhut befindet sich nur noch 40 Kilometer von Smyrna entfernt.

Paris, 7. Sept. Nach einer Havas-Nachricht aus Konstantinopel behauptet es sich, daß der griechische Oberbefehlshaber Tritupis am Abend des 2. September in der Gegend von Uschal von den Kemalisten gefangen genommen worden ist.

Der griechische Oberbefehlshaber und sein Stab gefangen.

London, 7. Sept. Reuter meldet aus Konstantinopel zu der Nachricht, daß der griechische Oberbefehlshaber Tritupis, sein Stab und ein Korpskommandant gefangen genommen worden seien, man halte es für möglich, daß sie in die Hände von türkischen Irregulären gefallen seien. — Eine weitere Reuter-Nachricht aus Konstantinopel besagt, aus Angora werde berichtet, daß Tritupis und verschiedene andere griechische Generale am Abend des 2. September von den türkischen Truppen gefangen genommen und nach dem Hauptquartier der kemalistischen Streitkräfte gebracht worden seien, wo sie sich als Gäste von Mustafa Kemal befänden. Nach der Besetzung von Dede-misch sei ein türkisches Kavalleriekorps von 2000 Mann in der Richtung Smyrna vorgerückt.

Genste Lage in Smyrna.

London, 7. Sept. Reuter meldet aus Smyrna von heute Mittag: Die Lage tritt in ein kritisches Stadium ein. Admiral Brool hat verschiedene Kauffahrtschiffe der englischen Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt. Die etwaige Einschiffung wird durch Zerstörer geschützt werden. Die Franzosen und Italiener haben zum Schutze ihrer untertanen Marinetruppen gelandet und ihre männlichen Untertanen zum Dienst in einem Freikorps aufgerufen. Griechische Truppen aus Thrazien und venezianische Offiziere sind eingetroffen und man hofft, daß infolge dessen dem Vormarsch der türkischen Truppen Widerstand entgegengesetzt werden wird. Der türkische Vormarsch geht vorsichtig von statten. Mustafa Kemal hat einen Tagesbefehl an seine Truppen erlassen, in dem er bekannt gibt, daß jede Belästigung von Christen mit dem Tode bestraft wird.

London, 7. Sept. Aus Smyrna berichtet Reuter: Die Griechen machen Anstrengungen, um eine Verteidigung zu organisieren. Der griechische Kriegsminister und der neue Generalkommandant sind eingetroffen. Die Städte Cassaba und Magnesia stehen in Flammen. Britische Marinetruppen sind gelandet worden und besetzen die Gaswerke und das Gebäude der türkischen Nationalbank.

Griechenland wünscht sofortigen Waffenstillstand. Angebot der Räumung Kleinasien.

Paris, 7. Sept. Havas meldet aus Konstantinopel, daß der hiesige französische, englische und italienische Dragoman der Regierung von Angora erklärt haben, daß Griechenland die Räumung Kleinasien unter der Bedingung des Abschlusses eines Waffenstillstands annehmen werde. Im Falle

Aufklärung des Zwischenfalls in Oberkassel.

Berlin, 8. Sept. Der „Berliner Lokalanzeiger“ gibt eine Meldung des „Temps“ aus Brüssel wieder, der zufolge die Untersuchung wegen des Vorfalls in Oberkassel ergeben habe, daß der tot aufgefunden belgische Unteroffizier Jtus in völlig betrunkenem Zustand den belgischen Posten mit seinem Revolver erschossen und sich dann selbst getötet habe. Die belgische Regierung soll eine Erklärung vorbereiten, worin auch der deutschen Regierung Genugtuung verschafft werden soll.

der Annahme würden Parlamentäre in einer neutralen Zone zusammenkommen, um die Bedingungen festzusetzen.

Das einzige Mittel der Herstellung des Friedens im Orient — eine Konferenz.

Paris, 8. Sept. Die Agence Havas meldet aus London, bezüglich der allgemeinen Herstellung des Friedens im Orient sei man in britischen Kreisen der Ansicht, daß dies auf einer großen Konferenz oder auf einer Sitzung des Obersten Rats erfolgen müsse.

Deutschland.

Die Frage der Bekämpfung der Teuerung.

Berlin, 8. Sept. Im Reichsrat wurde gestern eine Verordnung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung auf Minderbemittelte in der Ausschussfassung angenommen. An der öffentlichen Brotversorgung sollen vom 16. Oktober ds. Js. ab nur noch diejenigen teilnehmen, deren Einkommen im Jahre 1921 30 000 Mark nicht überstiegen hat, wozu noch für jeden Angehörigen des Haushalts ein Betrag von 15 000 Mark zugerechnet wird. Für das Jahr 1922/23 soll die öffentliche Brotversorgung nur denjenigen zugute kommen, die ein Einkommen haben, das die vorhin genannten Summen um das Vierfache übertrifft. Der Reichsrat erklärte sich ferner einverstanden mit der Verordnung über die Erhöhung der Gelddbeträge in der Unfallversicherung und mit der Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angelegenheitenversicherung bis auf 300 000 Mark.

Berlin, 8. Sept. Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde gestern u. a. ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, wenigstens auf ein Vierteljahr ein Verbot der Verwendung von Inlandszucker zur Herstellung von Zucker Gebäud und Käseerzeugnissen zu erlassen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der gegen die Kollage der Presse folgende Maßnahmen fordert: Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellulose und Druckpapier, Zusammenschluß der Erzeuger zu Vereinen zum Zweck der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter behördlicher Mitwirkung, ferner erträgliche Zahlungs- und Kreditbedingungen für die Presse und schließlich Sicherstellung der zur Papierherstellung notwendigen Rohstoffe, sowie des Druckpapiers. Angenommen wurde weiter eine Entschließung, wonach die Reichsregierung ungefähr dem im Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus dem Ernte 1922 vorgesehenen Ausschuss zusammenberufen soll, um mit ihm einen neuen Preis für das erste Drittel der Umlage festzusetzen. Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, worin die Reichsregierung beauftragt wird, in kürzester Frist Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen sie angesichts der wirtschaftlichen Kollage ergreifen wird bezüglich der Unterbindung einer Verwendung notwendiger Lebensmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker usw.) zur Herstellung von Spirituosen und Süßigkeiten, der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Zucker, Milch, Butter und anderen notwendigen Lebensmitteln, Beseitigung der Schlemmerei, Bekämpfung des Buchens und der Preistreiber durch die Kartelle, intensivste Agrarwirtschaft, Förderung des Wohnungsbaues, schnelle und laufende Einziehung der Besitzsteuern, Anpassung der Höhe der Zwangsanleihe an die Geldwertverteilung.

Bewerkstelligte Behebung der Zahlungsmittelnot.

Berlin, 7. Sept. Einer sozialistischen Korrespondenz ist von der preussischen Finanzverwaltung mitgeteilt worden, daß in den nächsten 10 Tagen für 23 Milliarden Zahlungsmittel gedruckt und in Umlauf gesetzt worden sind. Das sind insgesamt 10 Prozent des gesamten Notenumlaufs Deutschlands. Die Tagesleistung der Reichsdruckerei ist jetzt auf 2,6 Milliarden Papiermark gestiegen. Sie wird noch im Laufe des Monats auf nahe zu 4 Milliarden Papiermark täglich gesteigert werden, wodurch man die Zahlungsmittelnot endgültig zu beheben hofft.

Preußen erhebt Einspruch gegen die Sonderbehandlung Bayerns.

Berlin, 8. Sept. Nach einer Korrespondenzmeldung hat das preussische Kabinett sich beim Reichskanzler Dr. Wirth darüber beschwert, daß wichtige Verhandlungen, in denen es sich um die Abgrenzung der Rechte der Einzelstaaten handelte, von dem Kabinett mit Bayern allein geführt worden seien. Die preussische Beschwerde betont, daß dem preussischen Kabinett nichts ferner liege, als eine Verleumdung der schwierigen Lage des Reichskabinetts. Auf der anderen Seite könne Preußen nicht dulden, daß es zu einem Bundesstaat zweiten Ranges herabgewürdigt werde.

Ein Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs in München.

München, 6. Sept. Wie die „Münchener Zeitung“ erzählt, ist die Anwesenheit des Untersuchungsrichters des Leipziger Staatsgerichtshofs in München nicht durch eine auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik anhängig gewordene Strafsache veranlaßt. Der Untersuchungsrichter beschäftigt sich mit den Prozeßakten gegen den General v. Lüttich und mit Vorgängen im bayerischen Gefangenenlager, die von der Entente schon vor längerer Zeit anhängig gemacht worden sind.

Organische Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien.

Berlin, 7. Sept. Gestern hat, wie eine sozialistische Korrespondenz berichtet, eine Unterkommission der S.P.D. und der U.S.P.D. getagt, die über die Frage der organischen Verschmelzung der beiden

Parteien beraten sollte. Die Beratungen haben noch zu keinem Abschluß geführt.

Der furchtbare Druck auf das Rheinland.

Berlin, 5. Sept. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet Einzelheiten über das erschreckend große Wohnungsleiden in Duisburg, das unter den vertragswidrigen Sanktionen am meisten leidet. Tausende von deutschen Familien, meist Arbeiterfamilien mit zahlreichen Kindern, leben zusammengedrängt in Mansarden und Kellern. Die Stadt ist mit 5000 Mann französischer Truppen mit ihren Familien belegt. Außer den Quartieren für die Truppen sind nicht weniger als 414 Familien- und 236 Einzelquartiere beschlagnahmt, sowie eine Villa mit 13 großen Räumen für den ledigen General Beauvain. Für einen 80jährigen Mann, dem sein letztes Zimmer weggenommen und der auf die Straße gesetzt wurde, hatte der französische Hauptmann nur das Wort: „C'est la guerre!“ (Das ist der Krieg!)

Bermischtes.

Angriff auf ein Rittergut.

Berlin, 6. Sept. Nach einer Meldung des „Tageblatts“ aus Braunschweig ist von dort eine 80köpfige Bande von Feldblieben nach Mascherode gefahren, um am hellen Tage das dortige Rittergut zu plündern und die auf dem Felde liegenden Garben zu stehlen. Die Mitglieder des freiwilligen Ortsbüros und einige herbeigerufene Landjäger waren der Uebermacht der Plünderer gegenüber machtlos. Schließlich sandte die Braunschweiger Polizei Lastautos mit Schutzpolizisten. Die Beamten umstellten die Felder und nahmen einen Teil der Plünderer fest. Die übrigen entflohen unter Zurücklassung ihrer Wagen.

Fortdauer der Hungersnot in der Ukraine.

Genf, 7. Sept. Das Oberkommissariat Nansens teilt mit, daß in der Ukraine immer noch große Hungersnot herrscht. Die Lebensmittelzufuhr genügt nicht, um der Not Herr zu werden. 250 Lebensmittelverteilungsstellen müßten infolge mangelnder Zufuhren geschlossen werden, wodurch 96 000 Menschen unverpflegt bleiben müßten, wenn nicht schleunigst weitere Hilfe eintreffe.

Amerikanische Schiffe mit elektrischem Betrieb.

New York, 7. Sept. Dem Washingtoner Berichterstatter des „New York Herald“ zufolge werden Pläne vorbereitet, um eine amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft mit einem Kapital von 30 Millionen Dollar zu bilden, die zwei elektrisch betriebene Schiffe bauen wird. Jedes davon soll 70 000 Tonnen fassen und 1000 Fuß lang sein. Der Plan wird die finanzielle Unterstützung des Schiffsahrtssenats erhalten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. September 1922.

Standesamt Calw.

Meldungen vom Monat August

Geboren: 2. August: Walter, Sohn des Karl Gehring, Bäckermeisters, hier; 6. August: Karl Heinz, Sohn des Friedr. Rone, Verwaltungsjunktor, hier; 11. August: Gerda, Tochter des Albert Stroh, Apothekers, hier; 29. August: Erwin, Sohn des Karl Wörner, Färbereibesizers, hier.

Eheschließungen: 7. August: Wigmaier, Karl, Hauptlehrer, mit Ottilie Fischer, Tochter des verst. Hauptlehrers Fischer, hier; 12. August: Steeb, Karl, Kaufmann, mit Pauline Stör, Tochter des Gustav Stör Magaziniere, hier.

Gestorben: 8. August: Caspar Schmidt, Sattlermeister, von Emberg, 65 J. alt, Bez.-Krtz.; 10. August: Rosa Breuer, ledig, Dienstmädchen von Oberschwandorf, 34 J. alt, Bez.-Krtz.; 13. August: Martin Schulz, verheiratet, Fabrikarbeiter von Alzenberg, 45 J. alt, Bez.-Krtz.; 18. August: Friedrich Horn, ledig, Fabrikarbeiter von Unterriedenbach, 24 J. alt, Bez.-Krtz.; 22. August: Josefa Seizer, Witwe, geb. Beh von hier, 72 J. alt; 25. August: Karl Wilhelm Neuffer, verheiratet, Kaufmann von hier, 24 J. alt; 31. August: Karl August Wengenbach, verheiratet, Goldarbeiter von hier, 73 J. alt.

Milchpreiserhöhung.

Im Haus der Landwirte in Stuttgart fanden am Donnerstag Verhandlungen zwischen Vertretern der Milchzeuger und Milchbedarfsvereine wegen einer Anpassung des Milchpreises an den gestunkenen Geldwert statt. Die Vertreter der Bedarfsvereine betonten einmütig, daß sie bereit seien, das weitestmögliche Entgegenkommen zu zeigen in der Erkenntnis, daß eine Erhöhung des Milchpreises berechtigt sei und auch notwendig, wolle man die heute schon dünn fließenden Quellen der Milchlieferung nicht vollends ganz versiegen lassen. Die ursprünglich erhobene Forderung der Erzeuger wurde auf die beweglichen Witten der Verbrauchervertreter fallen gelassen, man trug wieder der allgemeinen Not Rechnung und begnügte sich mit dem die Erzeugerkosten nicht voll wertenden Stallpreis von 16 M. pro Liter ab 1. September. Die Forderung der Verbrauchervertreter auf Preisstellung frei Bahnstation ließ sich nicht erfüllen. Sammelstellkosten und Fuhrlohn sollen jeweils in besonderer Vereinbarung geregelt werden. Auf Wunsch der Verbrauchervertreter werden die Erzeuger von ihren Organisationen neuerlich vernahmt, volles Maß und gute Qualität zu liefern. Weitere Verhandlungen sind für die Zeit zwischen 25. und 27. September vorgesehen. (S.P.D.)

Wirtl. Volkstheater.

* Heute abend wird das Volksstück von Rosegger „Am Tage des Gerichts“ gegeben. Wer kennt nicht den alten österreichischen Dichter Peter Rosegger, dessen Dichtungen echt deutsches Gemüt und feinen, sonnigen Humor ausströmen. Auch dieses Stück trägt teils ernsten, teils heiteren Charakter. — Am Sonntag wird in Liebenzell das Lustspiel „Als ich wieder kam“ gegeben, das in Calw infolge des flotten Spiels der Darsteller, die aus der reizvollen Handlung alles herausholten, großen Erfolg errungen hatte.

Die Aufbewahrungsgebühren für Handgepäck müssen vom 1. Oktober 1922 ab auf 6 Mark, das Doppelte des jetzigen Aufbewahrungsbeitrages erhöht werden.

Reine
Verfchieb
den Miete
des Innern
sterien der
werden kann
die Uebernat
gerichte für
schaften auf
Mietelngun
Wett
Die Luft
tag ist na
Wetter z
(S.P.D.)
des Kaufma
nen des Go
Während d
Fran ins B
u
(S.P.D.)
geleitet: Di
lingen, sow
schließung
ber Tübing
beiterschaft
hindern we
relasse. De
Oberämter
einem Verb
sch zu Sch
lasse ein B
bestimmte
rungen stat
bilden. W
durch die
geben wä
Anlaß, we
geben sei,
braucht we
Bereanfla
tragen, da
darauf hab
einem Ver
ruhige und
schließen l
Zurückhalt
die Arbeit
Felder ver
durch diese
Deutung n
punkt abzu
James Ein
Eingabe d
(S.P.D.)
Zartell sim
jährige R
Bausfuhrer
dem wurde
bern an W
gegen jede
mentsfeier
samt Arbe
derungen
De
(S.P.D.)
Der U. D.
Bon
Erzählung
Wochen
neberg wa
Stadtregim
Beispiels
dig sein w
Begebnis
Dort sollte
Gines
Herabgesun
war ein z
bernehmen
bin's“, sag
Alle verwo
warum so
Maria
Felle, Belz
Brandstach
Gulden in
noch der
zum Verbu
noch nach
zu gehen.
und noch e
Ebenen. —
lassen!

Keine Auflösung von Mieteinigungsämtern.

Verschiedene Stadtverwaltungen haben beschlossen, die bestehenden Mieteinigungsämter aufzulösen. Ein Erlaß des Ministeriums des Innern weist darauf hin, daß dies ohne Zustimmung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen nicht zugestanden werden kann. Bis zu dem Zeitpunkt, auf den das Justizministerium die Uebernahme der Mieteinigungsgeschäfte auf die zuständigen Amtsgerichte für angängig erklärt, muß den Gemeinden und Amtskörperschaften auf Grund der Mieterschutzverordnung die Beibehaltung ihrer Mieteinigungsämter angefohlen werden.

Wetterbericht für Samstag und Sonntag.

Die Luftdruckverteilung ist unverändert. Am Samstag und Sonntag ist nach kühler Nacht und Morgennebeln trocken und mildes Wetter zu erwarten.

Eine schreckliche Tat.

(S. W.) Sindelfingen, 7. Sept. Die getrennt lebende Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm Hamm hat in ihrer Wohnung durch Öffnen des Gashahners ihr 5 Jahre altes Kind und sich selbst vergiftet. Während das Kind tot war, gelang es durch ärztliche Hilfe, die Frau ins Leben zurückzurufen.

Die Freien Gewerkschaften und die Tübinger Regimentsfeier.

(S. W.) Stuttgart, 7. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die vereinigten Gewerkschaften von Tübingen und Reutlingen, sowie die politischen Arbeiterparteien haben in einer Entschließung vom 4. September 1922 von der Regierung das Verbot der Tübinger Regimentsfeier verlangt und angekündigt, daß die Arbeitererschaft „unter Einsatz des Lebens“ die Abhaltung der Feier verhindern werde, wenn die Regierung kein Verbot dieser Veranstaltung erlasse. Das Ministerium des Innern hat darauf durch die zuständigen Oberämter den Unterzeichnern dieser Entschließung eröffnet, daß zu einem Verbot der Veranstaltung keine Veranlassung vorliegt. Das Gesetz zum Schutz der Republik verbietet Regimentsfeiern keineswegs. Es läßt ein Verbot von Versammlungen und Aufzügen nur zu, wenn bestimmte Tatsachen die Befolgung rechtfertigen, daß dabei Erörterungen stattfinden, die nach dem Schutzgesetz strafbare Handlungen bilden. Von der Ermächtigung zum Verbot der Regimentsfeier, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 gegeben wäre, Gebrauch zu machen, habe das Ministerium nur dann Anlaß, wenn wenigstens ein Anhaltspunkt zu der Befürchtung gegeben sei, daß die Feier zu republikfeindlichen Kundgebungen mißbraucht werde. Dies sei bei der Tübinger Feier nicht der Fall. Die Veranstalter hätten sich im Gegenteil verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß jede politische Kundgebung unterbleibe. Im Hinblick darauf habe das Ministerium des Innern keinen Anlaß gehabt, mit einem Verbot der Tübinger Feier vorzugehen, umsoweniger, als der erhoffte und würdige Verlauf der Regimentsfeier in Kirchheim darauf schließen lasse, daß auch bei der Tübinger Veranstaltung die nötige Zurückhaltung beobachtet werde. Gegenüber der Ankündigung, daß die Arbeitererschaft „unter Einsatz des Lebens“ die Abhaltung der Feier verhindern werde, hat das Ministerium geantwortet, daß es sich durch diese ein Vergehen gegen das Strafgesetzbuch in sich schliefende Drohung nicht veranlaßt sehe, von dem für richtig erklärten Standpunkt abzugehen. Sollte die Drohung wahr gemacht und ein gewalttätiges Eingreifen versucht werden, so würden die Unterzeichner der Eingabe dafür verantwortlich gemacht werden.

Forderungen der Gewerkschaften.

(S. W.) Stuttgart, 7. Sept. Das Stuttgarter Gewerkschafts-Letzell stimmte einem kommunistischen Antrag zu, die gesamte diesjährige Kartoffelernte zu beschlagnahmen und ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln in Württemberg zu erlassen. Außerdem wurde die Holzabgabe aus staatlichen und privaten Wäldern an Minderbemittelte und das Eintreten der württ. Regierung gegen jede Verteuerung der Arbeiterfahrkarten verlangt. Die Regimentsfeier in Tübingen soll verboten werden. Andernfalls die gesamte Arbeitererschaft zur Verhinderung aufzurufen sei. Weitere Forderungen wurden an die Stadtverwaltung gerichtet.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Schutz der Republik.

(S. W.) Stuttgart, 6. Sept. Der württ. Beamtenbund teilt mit: Der A. D. B., die dritte Säule der freien Gewerkschaften, hat dem

Staatspräsidenten eine Entschließung überreicht, in der die Durchführung des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik in Württemberg verlangt wird und wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß die ablehnende Haltung des württ. Beamtenbundes gegenüber diesem Reichsgesetz der Ueberzeugung weitester Kreise der württ. Beamtenerschaft widerspreche. Hierzu wird festgestellt, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund keine einzige Fachorganisation württ. Landes- oder Gemeindebeamten in seinen Reihen aufweisen kann und daß es eigentümlich berühren muß, wenn sich dieser Bund als Vertreter der Meinung der württ. Beamtenerschaft aufspielt. Tatsache ist, daß der württ. Beamtenbund, der sämtliche Organisationen der württ. Landes- und Gemeindebeamten umfaßt, dem Staatspräsidenten erklärt hat, geschlossen hinter der Reichs- und Landesversammlung zu stehen und daß die württ. Beamtenerschaft den Beweis hierfür durch ihre Tätigkeit erbracht hat. Bei dem Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik handelt es sich um eine Umänderung des Reichsbeamtengesetzes. Es ist somit nicht Sache der Reichsbeamten, sondern der württ. Landes- und Gemeindebeamten, sich darüber schlüssig zu werden, ob die Einführung dieses Gesetzes in Württemberg erforderlich ist. Der A. D. B. verlangt die Durchführung dieses Gesetzes aus rein parteipolitischen Motiven. Die Durchführung der Entschließung des A. D. B. würde zur Anebelung der Willensfreiheit des Beamten und zur Gefährdung der Willensfreiheit des Beamten und zur Gefährdung der Willensfreiheit des Beamten führen. Schon heute sind in zahlreichen Gemeinden, wo bestimmte politische Parteien die Mehrheit besitzen, insbesondere in Nordwürttemberg und im Rheinland Kontrollausschüsse zum Schutz der Republik eingesetzt, die sich aus den Organisationen der S. P., der U. S. P., dem D. D. S. P., dem A. D. B. und der Betriebsrätezentrale zusammensetzen. Die Einführung dieser Ausschüsse hat bereits zu einer Gefährdung der Willensfreiheit des Beamten geführt. Dem Beamten, der nicht auf dem Boden bestimmter politischer Parteien steht, wird dadurch ein Weiterarbeiten unmöglich gemacht, wenn er nicht Gefinnungslumperei treiben will. In Sachen hat das Pflichtschutzgesetz dazu geführt, daß im Landtag ein Entwurf eingebracht wurde, der als politische Beamte eine Unmasse von Beamten benennt, die in ihrer Amtstätigkeit mit dem Schutz der Republik rein gar nichts zu tun haben. Diese können jederzeit durch das vorgelegte Ministerium in den Ruhestand versetzt werden. Daraus geht hervor, daß es sich einfach darum handelt, die Beamtenerschaft zu politisieren. Gerade Minister Reik hat in der Unterredung, die der württ. Beamtenbund beim Staatspräsidenten hatte, erklärt, daß innerhalb der württ. Regierung wohl niemand daran gedacht habe, das Pflichtschutzgesetz unbefehlet auf Württemberg zu übernehmen. Staatspräsident Dr. Fieber wie Minister Reik brachten zum Ausdruck, daß die württ. Regierung nur Wert darauf legen müsse, daß bestimmte politische Beamte als unmittelbare Berater der Minister zuverlässige Anhänger des republikanischen Systems sein müssen. Es besteht also zwischen dem württ. Beamtenbund und der württ. Regierung vollständige Uebereinstimmung. Der württ. Beamtenbund kann nicht zugestehen, daß 99,99 Prozent der württ. Beamtenerschaft unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden, das die Willensfreiheit gefährdet, die Gefinnungsschnüffelei züchtet und zuletzt das Berufsbeamtentum in das System des Parteibeamtentums hinüberleitet und das deshalb von der württ. Beamtenerschaft als durchaus reaktionär angesprochen werden muß. Die im vaterländischen Interesse gelegene Pflicht ist die Erhaltung eines von dem Wechsel der politischen Machtverhältnisse unabhängigen reinen Berufsbeamtentums. Deshalb bekämpft der württ. Beamtenbund ein den Schutz der Republik in Württemberg in keiner Weise erforderndes Ausnahmegesetz für die Beamten.

Holzbronn, 7. Sept. Unser Kriegerverein begehrt am kommenden Sonntag die Feier seines 25jährigen Bestehens. Die Feier dürfte dadurch einen besonders festlichen Anstrich erhalten, daß fast sämtliche Nachbarvereine an dem Feste teilnehmen werden.

(S. W.) Stuttgart, 7. Sept. Bei der Feuerbestattung kommen in Stuttgart seit einiger Zeit einfache, aus Holz und gepresster Pappe hergestellte, zur Verbrennung bestimmte geschlossene Sarg-Einsätze zur Verwendung. Für diese stehen schöne Uebersätze zur Verfügung. Durch diese Neuerung wurde die Feuerbestattung wesentlich verbilligt.

(S. W.) Tübingen, 7. Sept. In dem unbewohnten Hause des Farbenhändlers Christian Eiler brach frühmorgens

Feuer aus, das das Haus in Asche legte. Die Feuerwehr konnte die benachbarten Häuser retten. Es wird Brandstiftung vermutet. Die Klüftung des abgebrannten Hauses war erbrochen und der dort aufbewahrte geräuchernde Speck gestohlen.

(S. W.) Bihlerstamm, 7. Sept. In der Scheuer des Landwirts Wilhelm Kurz im benachbarten Fronrot brach Feuer aus, das das Gebäude mit den neuen Getreuevorräten in Asche legte. Auch das Wohnhaus brannte bis auf das untere Stockwerk nieder. Das Vieh und ein Teil des Mobiliars konnte laut „Fp- und Jagdzeitung“ in Sicherheit gebracht werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 1306 Mark, der Schweizer Franken auf 242 Mark.

Märkte.

(S. W.) Stuttgart, 7. Sept. Dem Donnerstagmarkt waren zugeführt: 110 Ochsen, 40 Bullen, 394 Jungbullen, 295 Jungrinder, 294 Kühe, 430 Kälber, 725 Schweine, 38 Schafe, 4 Ziegen. Unverkauft blieben 70 Schweine. Es kosteten Ochsen 1. 6650—7100, 2. 5500—6300, Bullen 1. 6100—6600, 2. 5300 bis 5950, Jungrinder 1. 6800—7150, 2. 5900—6500, 3. 4900—5600, Kühe 1. 4700—5300, 2. 3700—4300, 3. 2700—3400, Kälber 1. 8200—8600, 2. 7500—8000, 3. 7000—7400, Schweine 1. 12 500 bis 13 000, 2. 11 900—12 400, 3. 10 250—11 350 Mark. Verkauf des Marktes bei Großvieh belebt, bei Kälbern und Schweinen schleppend.

(S. W.) Ulm, 7. Sept. (Schlachtviehmarkt.) Zugetrieben 20 Stück Großvieh, 52 Kälber, 35 Schweine. Preis: Ochsen 1. 6500, Bullen 1. 6200—6400, 2. 5400—5800, Rinder 2. 5800—6200, Kühe 1. 5600—5400, 2. 4000—4200, 3. 2800 bis 3200, Kälber 7800—8200, 2. 7200—7500, Schweine 12 800 bis 13 000, 2. 12 000—12 600. Der Markt verlief belebt.

(S. W.) Stuttgart, 7. Sept. (Neue Fleischpreiseerhöhung.) Im Anschluß an die anhaltende Steigerung aller Schlachtpreise — am Donnerstagmarkt sind übrigens verschiedene Viehpreise zurückgegangen! — hat, wie das jüdt. Nachrichtenblatt mitteilt, die Fleischvereinigung Stuttgarts die Preise für Ochsen-, Rind-, Kuh- und Hammelfleisch mit sofortiger Wirkung heraufgesetzt. Es kostet je ein Pfund Ochsen- und Rindfleisch 1. Qualität 108 M., 2. 92—96 M., Kuhfleisch 61—74 M., Kalbfleisch unverändert 106—108 M., Schweinefleisch unverändert 100, Hammelfleisch 106—110, Schafffleisch 85—95 Mark.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schmitt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gottesdienst.

am Sonntag (11. S. n. Tr.) Frühpredigt fällt aus. 1/10 Uhr Hauptpredigt, Predigt No. 411 „Herr, lehre du mich“. 1 Uhr Christenlehre, Töchter, ältere Abteilung. 2 Uhr Kindergottesdienst im Vereinshaus, Missionsinsp. Mundle. 3 Uhr Vortrags, derselbe. 8 Uhr Bibelfeier, Predigt, Stadtpf. Lang, Missionsinsp. Mundle. Donnerstag 8 Uhr im Vereinshaus Bibelstunde, Predigt, Stadtpf. Lang.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 10. Sept. 8 Uhr Frühmesse, 1/10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Montag 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell. Mittwoch 1/9 Uhr Gottesdienst in Bad Teinach.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 10. Sept. vorm. 1/10 Uhr Predigt, Föhler, 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigt, Schneid; Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelstunde, Föhler. Stammheim: Vorm. 1/10 Uhr Erbauungsverammlung, nachm. 1/2 Uhr Kinderfest der Sonntagsschule, Mittwoch 8 1/2 Uhr Bibelstunde, Föhler.

Für die Schließung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Gellert'schen Buchdruckerei, Calw.

Von rotem Gold ein Ringelein.

Erzählung aus dem Haller Straußenkrieg. Von Hans Reyhing. (Schluß.)

4. Der Straußenfang.

Wochen und Monate waren vorübergegangen. Ueber Frey Henneberg war noch kein Urteil gefällt worden. Aufruhr gegen das Stadtr Regiment, das durfte der Rat nicht leicht nehmen, des üblen Beispiels wegen, wenn man dem tüchtigen Burschen auch hätte gnädig sein wollen. Maria war einige Tage nach jenem unglückseligen Begebnis vom Adlerwirtsbeter nach Westernbach geholt worden. Dort sollte sie bleiben, bis Gras über die Geschichte gewachsen sei.

Eines Abends, als schon die herblichen Dämmerstunden auf Hall herabgesunken waren, hörte der alte David an sein Tor pochen. Es war ein zages Klopfen, das nur die scharfen Ohren des Lärners vernehmen konnten. Er blickte hinunter. „Guten Abend, David, ich bin's“, sagte eine verhüllte Mädchengestalt. „Du, Maria!“ rief der Alte verwundert und ließ das Mädchen herein. „Ja woher, und warum so spät?“

Maria erzählte hastig, ihr Vetter habe den Hallern einige Fuhren Felle, Pelze und Tuchballen gefahren und dafür müsse er dem Strauß Brandtschagung leisten. Wenn er ihm nicht bis morgen früh fünf Gulden ins Köpfe nach Bretlach überbracht habe, werde am Abend noch der Wille in Westernbach in Flammen aufgehen. Die Waise tue zum Verzweifeln. Der Vetter habe keine Angst, er fahre diese Nacht noch nach Bretlach. Sie habe es sich nicht nehmen lassen, nach Hall zu gehen. David müsse Frey freilassen. Sie wolle in die Stadt gehen und noch einige Burschen holen, daß sie endlich den Strauß fangen können. — Der alte David hatte Bedenken. Einen Gefangenen freilassen! Man spricht schon lang davon, daß er endlich vor Gericht

gestellt werde. Wenn die Herren morgen kämen! — „David!“ rief das Mädchen lebend, „er soll sich ja gerade frei schaffen. Meinnetwegen haben sie ihn eingetan. David, ich bitt dich, herzinnig. Mein Vetter nimmt sie auf dem Wagen mit, bis morgen abend sind sie wieder da.“ David mußte nachgeben, und eine Stunde später gingen fünf junge Salzleber, unter ihnen Frey Henneberg, leise zum Weiler Tor hinaus. —

Maria blieb bei dem Alten, ihm die Zeit zu kürzen und um sich nicht sehen lassen zu müssen. Vom Mittag an wichen sie nicht mehr vom Fenster. Wenn sie nicht kämen! Der Alte wurde ungeduldig. Wie hatte er auch an einem so leichtsinnigen Streich teilnehmen können!

Und der Tag ging vorüber, und die Burschen kamen nicht. Nun wurde auch Maria unruhig. Miteinander wachten sie die Nacht durch, jeden Laut prüfend. Aber der nächste Morgen brach an, und nichts hatte sich hören lassen. „Wirst sehen, es kostet mich den Dienst. Wenn die Herren kämen!“ Und er ging immer wieder hinaus und blickte von der andern Seite des Turmes stadteinwärts.

Endlich am späten Nachmittage tauchten Gestalten auf. Es waren die Burschen! Maria flog zur Türe, durch die eben der Alte gesunken Hauptes hereinkam. „Sie kommen!“ frohlockte sie. „Ja, sie kommen“, sagte auch der alte Lärner, aber er meinte die Herren vom Rat. „Aut nichts!“ rief Maria und stürzte hinunter den Kommoden entgegen.

Und gerade, als die Ratsherren angekommen waren, trat die Burschen ins Tor, Frey Henneberg voran, Maria ihm zur Seite. Der Stättmeister blickte streng nach dem alten David. „Was soll das heißen?“ fragte er. Ein scharfer Blick traf auch Frey Henneberg.

„Herr Stättmeister, verzeiht, daß ich ausgebrochen bin, aber wir haben den Strauß fangen müssen.“ Alles blickte erstaunt auf. „Ja-

wohl, und die“ — dabei deutete er auf Maria — „hat uns auf die Fährte gebracht.“ Frey erzählte alles und schloß dann: „In Bretlach hat der Ablerwirt von Westernbach, mit dem wir noch den größten Teil des Wegs gefahren sind, recht lange gebraucht, bis er dem Strauß seine 5 Gulden, in lauter Kreuzer ausgewechselt, auf den Tisch gezählt hat. Inzwischen sind wir ins Haus geschlichen und dann plötzlich in die Stube hereingestürzt. Die Haut haben wir ihm ordentlich durchlöchert, bis er sich gegeben hat, aber noch lebend haben wir ihn nach Neuenstadt gebracht. Dort sitzt er hinter Schloß und Riegel, und wenn die Württemberger nichts dagegen haben, können wir ihn dort holen.“

Alle hatten erstaunt zugehört. Mit solchen Erläuterungen freilich mußte man jedes Spiel gewinnen, und in feierlichem Zuge wurden die Straußenfänger zum Rathaus geleitet, und bald kündeten es die Glocken von der Michaelskirche herunter der ganzen Stadt: Der Strauß ist gefangen!

Die Haller erlebten allerdings die Gemütuung nicht, daß sie zum Abschluß des Straußenkrieges den Strauß hängen durften, das besorgte das württembergische Gericht selbst und gründlich. Aber nach etwa 4 Wochen schollen wieder zur Mittagszeit die Glocken vom Michaelsturm — frohbewegte Hochzeitsglocken, und Frey und seine Braut stiegen die Treppen hinauf, glücklich wie selten ein Paar, das diesen Weg gemacht, eines nun ganz froh und sicher am andern. Und ihnen folgte jetzt kein Geleite schmähender Leute, sondern lauter Sonntagsmenschen waren es, die Herzen voll guter Wünsche, und unter ihnen waren auch der Herr und die Frau Stättmeister, und die Frau Stättmeisterin hatte es sich vor dem Kirchgang nicht nehmen lassen, der Braut an den Finger zu stecken den köstlichen Schmund mit dem blauen Türkis — von rotem Gold ein Ringelein.

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Darlehenskassenverein Ottenbronn e. G. m. u. H. in Ottenbronn eingetragen:
In der Generalversammlung vom 15. Mai 1922 wurden für die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieder Rentzler und Rathfelder zu Vorstandsmitgliedern bestellt: Michael Fischer, Bahnarbeiter und Georg Gackheimer, Tagelöhner, beide in Ottenbronn.
Den 6. September 1922.

Obersekretär Dürr.

Dillstein-Calw, den 8. September 1922.

Todes-Anzeige.

Nach langem schweren Leiden starb gestern meine 16. Frau und meines Kindes treusorgende Mutter
Maria Wolter,
geb. Großmann,
im Alter von 40 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen:
H. Wolter nebst Kind
Die Mütter: Maria Kunz, Witwe.
Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr von Haaggasse 185 aus.

Monakam, den 8. September 1922.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein heißgeliebter Gatte, unser lieber guter Sohn und Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel
Johann Wohlgemuth,
gestern Abend 9^{1/2} Uhr im Alter von 26 Jahren von seinem langen, schweren in französischer Gefangenschaft zugezogenen Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.
In tiefer Trauer:
Die Gattin: Berta Wohlgemuth,
geb. Bohnenberger.
Familie Wohlgemuth.
Familie Bohnenberger-Dennjacht
Beerdigung: Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Zahnarzt Dr. Rieg
Ist bis nächsten Dienstag
(einschliesslich)
verreist.

Mostbirnen-Versteigerung
Samstag, den 9. September, nachmittags
4 Uhr, Stammheimer Steige.
Zusammenkunft beim „Schiff“.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Liebenzell.
Fahrnis-Versteigerung.
Unterzeichneter verkauft am Montag, den 11. Septbr., nachmittags 1^{1/2} Uhr, im Hause des Friedrich Hahn, Schreinermeister, Zürnstraße 4, gegen Barzahlung:
Frauenkleider, Weißzeug, Schreinwerk, 1 zweit rigen Kleiderkasten, 1 polierte Kommode, Kleiderständer m. Vorhang, 2 Tische, 4 Stühle, 1 Regulateur, Nachttische, Küchengehirr sowie Sonstiges.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadtinventierer Kolb.

Sozialdemokrat.
Verein Calw Samstag
9. Septbr.
abds. 7^{1/2} Uhr b. Kirchherr,
Vorstadt, Mitglieder-
Versammlung.
Vollständiges Erscheinen er-
wartet der Vorstand.

Bereinigung selbst-
ständiger Damen-
Schneiderinnen.
Kommenden Sonntag
nachmittags 3 Uhr
Versammlung
b. Bäckerstr. Niethammer
Preisbesprechung u. ent-
geltliche Stellungnahme zur
Gründung einer Innung.
Wegen letzterem ist voll-
ständiges Erscheinen un-
bedingt erforderlich.
Calw, den 7. Sept. 1922.
Der Vorstand.

Herzliche
Einladung
zum
Missions-Fest
m. Abordnung
im Zelt der
Liebenzeller
Mission
Sonntag,
den 10. Septbr.
Beginn der
Versammlungen:
vorm. 8 u. 10^{1/2} Uhr.
nachm. 1^{1/2} 3 Uhr.

Aia
bestes
Putz- u.
Scheuermittel

Unschädlich
in Haus,
Werkstatt,
Fabrik.
HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.

Landwirte!
Zur Bekämpfung von
Krankheiten d. Schweine
spez. Krampf u. Rotlauf,
z. Aufzucht u. Erhaltung
eines gesunden Tier-
bestandes gebraucht
einzig und allein die ächte
Hirsch-Universal-
Komposition
Niederlage in der
Neuen Apotheke
Calw.

Zu verkaufen:
Getragene lange Hofe
Mk. 500.—
Zwei kurze Hofen
je Mk. 270.—
Eine kurze Hofe
Mk. 500.—
Zwei Waffen-Röcke
gefüttert je Mk. 450.—
Ein Waffen-Rock
ungefüttert Mk. 500.—
alles reinwollen, für jüngere
schlanke Leute passend
Bischoffstraße 489 II.

Bad Liebenzell.

Stadtgarten - Konzert

am Sonntag, 10. September nachm. 4. Uhr
ausgeführt von der
Feuerwehr-Kapelle Pforzheim.
Einlasskarten 5 Mark
Schulpflichtige Kinder 3 Mark.
Stadt. Kurverwaltung.

Stadtgarten Stuttgart.

Vom 8. bis 12. September 1922
ab 9 Uhr morgens bis 10^{1/2} Uhr abends

Herbst-Blumen-Schau

Obst- und Gemüse-Ausstellung

verbunden mit
Schönheits-Konkurrenz für Blumen
in sämtlichen Sälen und Gewächshäusern
des Stadtgartens, veranstaltet von der
Gartenbau-Gesellschaft „Flora“
unter Mitwirkung des Gemüsehau-Vereins
Stuttgart und Umgebung
Täglich große Konzerte.
Alles Nähere siehe Plakate.

Damen- und Kinder-Hüte

Geschw. Gutmann
Westl. 28 Pforzheim Tel. 368.

Samstag Nachmittag 2^{1/2} Uhr
Obst-Verkauf
auf den Bäumen. Hof Dicke.

Hohes Jahreseinkommen

finden Kaufleute, Beamte, Landwirte usw. durch die
Übernahme einer Vertretung eines glänzend begut-
achteten Kassaartikels von höchster volkswirtschaft-
licher Bedeutung. Zur Übernahme sind ca. Mark
10 000.— erforderlich. Angebote unter S. W. 774
an Rudolf Woffe, Stuttgart.

Biehverkauf.

Montag, den 11. ds. Mts., vor-
mittags von 7 Uhr ab, haben wir
im Gasthaus zum Löwen
in Calw

eine sehr große Aus-
wahl
schöne
Milch-Rühe;
trächtige Rühe; starke hoch-
trächtige Kalbinnen
sowie schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
und Tausch freundlichst einladen
Rubin und Max Löwengart.



Einladung!

Der
Kriegerverein Holzbronn
feiert am
Sonntag, den 10. September
sein

25jähriges

Jubiläum.

6 Uhr morgens Tagwache.
Aufstellung des Festzuges
1 Uhr mittags
wozu Freunde und Gönner herzlich
eingeladen sind.
Die Vorstandschaft.

Beteranen- und Militärverein.

Zur Teilnahme am
Jubelfeste des Beteranen-
Vereins Holzbronn
sammeln sich die Kameraden am Sonn-
tag Vormittag 11 Uhr beim Vorstand.
Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Der Aussch.

Wied. eingetroffen:
Rote und weiße
Terrazzo-
Platten
zu Fußbodenbelägen.
Hugo Kau, Calw.

Hausfrau
oder Stütze.
Zur Führung d. Haus-
haltes geordnete, zuverlässige
Person baldigt gesucht.
Frau Stadtbaumeister
Hohnecker Ww. Calw.

Zuverlässiges
Mädchen
oder Frau
für einige Stunden des Tages
gesucht.
Frau Studien-Assessor
Hafelbacher,
alte Stuttgarterstraße 708.

Hausbursche
kräftiger, kann sofort
eintreten
Alte Handlungsschule.

Einige neue leichte
Obstbaum-
Leitern
4,60-6 m. lg. m. Schwingen
zu verkaufen
Inselstraße 200.

Heu
zirka 8 Zentner guteinge-
brachtes Riechen (dreiblättr.)
hat zu verkaufen
und erbittet Angebote an die
Geschäftsstelle dieses Blattes
unter W. S. G. 156.
Wo? ist daselbst zu e-
fahren.

Makkaroni,
Hörnle,
Sternle,
breite und schmale
Mudeln,
mit und ohne Eizusatz,
empfiehlt stets frisch
Hermann Schnürle,
Bäckerei- und
Teigwaren Geschäft.



Alle Musikinstrumente
für Haus und Orchester von
den einfachsten Schüler- bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, aller Zubehör,
Saiten u. s. w. in reichster
Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Akademiestraße-Rohrbüchle
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.

Engelsbrand.
Sehe
2 Pferde
mittleren Schlags, preiswert
dem Verkauf aus.
Dieselben können abends
von 5 Uhr ab angesehen
werden.
Friedrich Lug.

Nach berichtet
das „Calwer
Tagblatt“ über
alle wissens-
werten Vor-
kommnisse!

Ueber die
heute berie-
neuen den-
müßten. In
Industrie
schen Scha-
zur Größe
optimistisch
Der griechi-
das griechi-
den Vorm-
das man d
Mittelmeer-
zogen wur-
Engländer,
griechische
sitt kann
halb die W

Auf der B
wieder inte-
gehen diese
verteidigte
Saargebiet
der Saarge-
Feststellung
der Eingeb-
Noch schön-
terbund un-
weil hier n
lischen Bäl-

Die
Berlin, 8
heute Nach-
nister Herme-
der. Der b
vorgelegt. I
notwendigen
Delegierten
ihrer Regier-
ausichtlich tr
wort zu gebe
wahrscheinl
Berlin, 9.
Verhandlung
will das „Ber-
handele, das
rantierebete,
die deutschen
den die belgi-
belgischen Ka-
vielleicht eine

Die Fr
Berlin, 8.
Unterhändler
die deutsche
wechsel zu be-
neue Weisung
noch nicht ein-
nahme Englan-
eine Fühlung
einer Einigan
Aussicht, daß
ländische Ban-
teiligen.

Die Repa
Berlin, 8.
Legenheiten tra-
Dr. Streffema
Wirth gab in
der augenblick-
ber sich anschl-
Ausdruck, zu
maßen für uns